Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1931

18.4.1931 (No. 90)

Visual Library

Nr. 90 Samstag, den 18. April 1931 174. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Reichsfinanzminister Dietrich in Karlsruhe

Keine neue Reichsanleihe — Weitere Abstriche am Etat

Reichsminister **Dietrich**, welcher seine Kur im Sanatorium Schloß Hornegg am Donnerstag beendet hat, sprach am Freitagabend in einer vertraulichen Versammlung der Staatspartei **Karlsruhe** im überfüllten Eintrachtsaal. Er sprach, wie man es von ihm gewohnt ist, packend und temperamentvoll und bekannte sich weiter zu seinem **„gemäßigten Optimismus"**, freilich auch auf die Gefahr der Wirtschaftsstagnation und der Beschäftigungslosigkeit für die öffentlichen Finanzen hinweisend. Der Vortrag, der in manchen Punkten, wie der Reform der Arbeitslosenversicherung Zurückhaltung zeigte, die dem Minister freilich sein Amt auferlegen mag, fand sehr starken Beifall.

Der Reichsfinanzminister beschäftigte sich zunächst mit der Entwicklung der Verhältnisse, wie sie sich aus der Wahl vom 14. September ergaben, und wies auf die damals entstandenen Schwierigkeiten auf dem deutschen Geldmarkt hin, indem eine Unmenge kurzfristiger Kredite den Banken und der Industrie, teils vom Inland, teils vom Ausland weggenommen wurden. Ganz sei diese Schwierigkeit noch nicht überwunden. Die Wähler müsse man immer wieder darauf hinweisen, daß der Auszug der Rechten aus dem Reichstag deshalb erfolgt sei, weil in der neuen Geschäftsordnung des Reichstags bestimmt wurde, daß Anträge auf Ausgaben nur dann zulässig sind, wenn gleichzeitig Vorschläge zur Deckung gemacht würden. Das sei nicht nur eine Notwendigkeit gewesen, sondern entspräche auch durchaus den Gepflogenheiten vorbildlicher Parlamente, wie des englischen. Die Spekulation darauf, daß nunmehr die Regierung mit dem Reichstag, in dem die Sozialdemokraten und die Kommunisten, wenn sie zusammengingen, eine Mehrheit gehabt hätten, nicht fertig werde, hat sich als irrig erwiesen. Es ist gelungen, den Reichstag dahin zu bringen, daß er das **Etatsgesetz**, dessen Verabschiedung in allen Parlamenten die wichtigste Arbeit ist, erledigte, und es ist kein Zweifel, daß der Reichstag damit einen Teil seiner verlorenen Position wieder gewonnen und eine historische Tat vollbracht hat zur Wiederherstellung des Vertrauens und zum Wiederaufstieg unserer Wirtschaft.

Was nun **die kommende Entwicklung** angehe, so sei die vordringlichste Frage, wie sich **die Finanzen des Reiches** gestalten. In den Blättern sind Nachrichten umgegangen, das Reich wolle eine Anleihe auflegen. Davon kann keine Rede sein. Allerdings sei die Lage der Reichskasse insofern nicht leicht, als viele Zahlungen zu Beginn des Jahres liegen, während die Einnahmen erst im Laufe des Jahres kommen. Aber damit hoffe man fertig zu werden zumal die Abwicklung des Aprils bereits sichergestellt sei. Die Regierung habe **das Recht, am Etat Abstriche vorzunehmen.** Sie werde davon selbstverständlich den **erforderlichen Gebrauch machen**, und es hätte nicht erst eines Beschlusses des Reichstags bedurft, um sie dazu zu veranlassen. Wenn es gelungen sei, im vergangenen Jahr den Etat um 1400 Millionen zu senken, so wird es wohl auch möglich sein, jetzt noch um nennenswerte Beträge herunterzukommen, so daß die **Durchführung des Etats** gesichert und auch die Abtragung der schwebenden Schulden gewährleistet werden kann.

Die **Steuervereinfachung**, die eine der vordringlichsten Aufgaben ist, ist seit 1. April im vollen Gang. Vermögen bis zu 20 000 *RM* sind künftig vermögensteuerfrei. Alle Geschäfte, die weniger als 5000 *RM* umsetzen, ebenso die Landwirtschaft, soweit sie unter diesem Betrag bleibt, werden umsatzsteuerfrei. Noch nicht entschieden ist die Frage, ob die **mittleren und kleineren Landwirte überhaupt von der Einkommensteuer zu befreien** und nur noch mit den Realsteuern zu belasten sind. Wenn die Regierung das letztere durchführe, wozu sie die Ermächtigung hat, dann werde ein kleiner Landwirt, oder ein kleiner Geschäftsmann, weil er von der Vermögen- oder Umsatzsteuer frei werde, nur noch eine Steuer, nämlich die Grund- und Gebäudesteuer, zu zahlen haben, soweit er nicht etwa noch einkommensteuerpflichtig ist. Millionen von Veranlagungen werden dadurch vermieden.

Der Redner machte dann Ausführungen über die **Entwicklung der deutschen Ausgaben** und verwies darauf, daß England seine Ausgaben im selben Maße seit Kriegsausbruch gesteigert habe, daß auch einige Neutrale stark in die Höhe gekommen sind und daß auch das siegreiche Frankreich auf die doppelten Ausgaben gekommen ist. Was die Zukunft angeht, so hängt alles davon ab, wie weit es gelingt, **die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, was die Hauptaufgabe** des bevorstehenden Sommers und Herbstes ist.

Der Redner richtete zum Schluß einen starken Appell an die Mitglieder der Staatspartei, sich mit Energie dafür einzusetzen, daß **das Bürgertum in allen seinen Schichten politisch wieder aktiv wird und begreift, daß es seinen Platz im Staate nur behaupten kann, wenn es auf der einen Seite diesen Staat bejaht und ihn verteidigt**, und wenn es auf der anderen Seite imstande ist, dem radikalen Flügel und den beiden herrschenden Parteien, dem Zentrum und der Sozialdemokratie, dadurch ein Gegengewicht zu schaffen, daß es sich zu starken Parteien zusammenfindet.

Keine preußische Landtagsauflösung im Herbst

CNB. Berlin, 18. April. (Priv.-Tel.) Die Meldungen über **Erörterungen** innerhalb der **preußischen Regierung** und der Regierung nahestehender Kreise über eine **Auflösung des Preußischen Landtages im Herbst** werden von amtlicher preußischer Seite als **reine Kombinationen** bezeichnet.

Letzte Nachrichten

Der Gegenzug Briands

Keine Besorgnis in Berlin

CNB. Berlin, 18. April. (Priv.-Tel.) Zu den Äußerungen der französischen Presse, daß Deutschland über den Inhalt der Gegenpläne Briands gegen die deutsch-österreichische Zollunion unterrichtet ist, erfahren wir von amtlicher Seite, daß im Auswärtigen Amt auch nicht andeutungsweise über den Inhalt dieser Briandschen Pläne etwas bekannt ist. Bei der Behauptung, daß Reichsaußenminister Curtius und die deutsche Regierung den Plänen Briands mit Besorgnis gegenüberstehen, dürfte nach Ansicht politischer Kreise wohl der Wunsch der Vater des Gedankens sein.

Was ist geplant?

WTB. Paris, 18. April. (Tel.) Über die gestrigen **Ministerbesprechungen**, in denen die Frage einer allgemeinen europäischen Wirtschaftsaktion behandelt wurde, will „Matin" erfahren haben, daß für sofort nichts weiter beabsichtigt sei, als eine Unterstützung der Landwirtschaft gewisser Donauländer, die an Überproduktion leiden, also etwas, was längst durch die Europaunion beschlossen wurde. Die geplanten Maßnahmen von nicht unmittelbarer Auswirkung zielen, wie „Matin" wissen will, auf eine Einigung aller interessierten Länder ab, um die europäische landwirtschaftliche Produktion zu rationalisieren und unterzubringen, sowie um sich gegen das russische Dumping zu verteidigen.

Der „Matin" ist **also auch nicht in der Lage, zu sagen, worin der Plan** zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, von der gestern in offiziösen Noten und durch die dem Quai d'Orsay nahestehenden Blätter gesprochen wurde, **besteht.**

*

WTB. Wien, 18. April. (Tel.) Zu der von der Agence Havas verbreiteten Meldung, Österreich habe die formale Zusicherung gegeben, die Verhandlungen über die deutsch-österreichische Zollunion bis zur Prüfung der Frage durch den Völkerbund aufzuschieben, schreiben die „Wiener Neuesten Nachrichten": Der Zweck der Havas-Meldung ist der: Der Quai d'Orsay hat das Bedürfnis, sich der französischen Öffentlichkeit gegenüber mit einem Erfolg der von Paris aus eingeleiteten Gegenaktion ausweisen zu können. Von einer **Unterbrechung der Vorbereitungsarbeiten** oder gar von einer **Zurückstellung** des Zollunionsplans, wie von gegnerischer Seite angedeutet wird, kann **keine Rede** sein.

Die Tagung der Internat. Handelskammer

Erörterung des Schulden- und Reparationsproblems

WTB. Washington, 18 April. (Tel.) Bei der Tagung der Internationalen Handelskammer, die am 4. Mai in Washington beginnt, wird, wie die amerikanische Delegation heute mitteilt, die Frage der internationalen Schulden eingehend erörtert werden, und zwar auf Grund zweier vom früheren deutschen Reichsminister Dernburg und von Prof. Wagemann ausgearbeiteter Referate über Preisniveaus und über den internationalen Güteraustausch. Die sich anschließende, vom Direktor der B.J.Z. und vom Chicagoer Bankier Traylor geleitete Aussprache über die Reparationen, die von beiden Referenten als wichtige Ursache für die gegenwärtige Ursache für die Weltwirtschaftskrise bezeichnet werden, soll sich unter Vermeidung moralischer Argumente auf wirtschaftliche Gesichtspunkte beschränken.

Unter den Programmpunkten „Internationale Handelspolitik" wird sowohl Amerikas Zolltarif wie die Frage der **deutsch-österreichischen Zollunion** erörtert werden. Beim Thema „Die Verhältnisse in der Landwirtschaft" wird die Gefahr des russischen Getreidedumpings, beim Programmpunkt „Internationaler Zahlungsausgleich" u. a. das Silberproblem besprochen werden. Die amerikanische Delegation, für die Owen D. **Young** die Eröffnungsrede halten wird, verspricht sich von dieser Tagung wachsendes Verständnis des amerikanischen Publikums dafür, daß die **amerikanische Krise nur im Zusammenhang mit der Weltkrise gelöst** werden kann.

Zuspitzung auf Madeira

WTB. London, 18. April. (Tel.) Hiesigen Blättermeldungen aus **Funchal** zufolge ist das Entladen von Schiffen im dortigen Hafen nunmehr völlig unterbunden. Das in der Ferne am Horizont sichtbare Kanonenboot **blockiert** den Hafen; trotzdem kann man von einer ernstlichen Lebensmittelknappheit bis jetzt noch nicht sprechen, dagegen besteht Mangel an Brennstoffen, so daß auch der Verbrauch an Elektrizität eingeschränkt worden ist. Im allgemeinen spitzt sich die Lage zu. Die **Arbeitslosigkeit** ist gewachsen. Funchal mit seiner normalen Einwohnerzahl von 65 000 ist nunmehr fast eine Stadt ohne **Frauen, da die** meisten von diesen in **den Bergen Zuflucht gesucht** haben. Man rechnet mit der Möglichkeit von Zwistigkeiten innerhalb der Stadt, vielleicht sogar mit einer gegenrevolutionären Bewegung, wenn erst einmal die Blockade stärker fühlbar wird. Dagegen glaubt man kaum an einen bewaffneten Zusammenstoß.

*Zur politischen Lage

Um die Zollunion

Briand versucht weiterhin alles Mögliche, um die Zollunion zwischen Deutschland und Österreich zu hintertreiben. Da er selbst wohl nicht recht daran glaubt, daß man diese Union mit rechtlichen Argumenten zerschlagen kann, hat er jetzt **neue zoll- und wirtschaftspolitische Ideen** entdeckt, vermittels deren er auf dem Umwege über den Völkerbundsrat die Zollunion beseitigen will. Von französischer Seite aus war versichert worden, daß die deutsche Regierung über die Pläne Briands auf dem Laufenden gehalten werde. Wie aus Berlin gemeldet wird, trifft das **nicht** zu. Die deutsche Reichsregierung hat **nicht die geringste Ahnung, was Briand eigentlich beabsichtigt.**

Nun, wir wollen abwarten, was demnächst Genaues über Briands Pläne mitgeteilt wird. Eigentlich ist die Tatsache neuer Pläne Briands ja schon ein Eingeständnis, das Deutschland und Österreichs Zollunion an sich durchaus auf der Linie einer gesamt-europäischen Zollpolitik liegt. Durch den Vorstoß Briands wird sonach das Thema der europäischen Zollpolitik und damit auch das Thema der deutsch-österreichischen Zollunionspolitik von neuem zur Diskussion gestellt. Und es hängt schließlich von der Brauchbarkeit der Briandschen Ideen ab, ob sie von Deutschland und Österreich akzeptiert werden können oder nicht.

Wir glauben einstweilen, daß das nicht der Fall sein wird. Und ist dem so, dann werden Deutschland und Österreich sicherlich auf dem von ihnen beschrittenen Wege bleiben und den Schlußstrich unter den Zollunionsvertrag ziehen. An und für sich liegt dieser Vertrag ja noch nicht fix und fertig vor. Von vornherein hatte man mit einer Dauer von etwa 3 Monaten für die Ausarbeitung der einzelnen Paragraphen gerechnet. Auch wieder eine Tatsache, die unseren früheren Gegnern eigentlich jeden Vorwand zum entrüsteten Einschreiten nehmen könnte.

Von Interesse sind in diesem Zusammenhang die aus Paris stammenden neuesten Meldungen über den **Plan einer Zollunion zwischen der Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien und Rumänien.** Offenbar handelt es sich bei diesen Meldungen um Schreckschüsse in der Richtung nach Wien. Auch der diplomatische Korrespondent des Londoner „Daily Herald" scheint dieser Ansicht zu sein; er schreibt, in Londoner offiziellen Kreisen sei von einem solchen Plan nichts bekannt. Wahrscheinlich sei er überhaupt nicht ernst gemeint und solle Österreich lediglich einschüchtern. Vor einiger Zeit sei von einer Zollunion zwischen Rumänien und Jugoslawien gesprochen worden. Wenn sich jetzt wirklich Polen und die Tschechoslowakei anschließen würden, dann würde allerdings eine zweite große Zollunion in Europa entstehen.

Von vornherein mußte man sich ja sagen, daß Briand in seinem Kampf gegen die Zollunion zwischen Deutschland und Österreich vor allem die unter französischem Einfluß stehenden Ost- und Südoststaaten mobil machen würde. Was er damit erreichen wird, weiß heute niemand zu sagen. Deutschland selbst kann im übrigen die Erörterung der europäischen Zollpolitik auf breiter Basis nur erwünscht sein. Und es hat ja auch einen dementsprechenden Antrag für die nächste Europakonferenz eingereicht.

Die spanische Revolution

König **Alfons XIII.** hat **nicht** abgedankt. Im Gegenteil! Er hat ausdrücklich erklärt, daß er sich seine sämtlichen Rechte wahre und sich zur Verfügung des spanischen Volkes halte. Er will das Resultat der Cortes-Wahlen abwarten, die auch nach dem Willen der neuen, republikanischen Regierung in Madrid demnächst stattfinden sollen. Der König betrachtet anscheinend die Vorgänge in Spanien **lediglich als eine Episode.**

Seine Auffassung wird übrigens von guten Kennern der spanischen Verhältnisse durchaus geteilt. Man zweifelt daran, daß es der neuen Regierung gelingen werde, der **wirtschaftlichen Nöte** Herr zu werden. Und die **catalonische Frage** ist andererseits auch nicht geeignet, die Situation der neuen Regierung zu erleichtern. In Barcelona wünscht man nicht gerade die volle Selbständigkeit für Catalonien; aber man lehnt den bisherigen Zentralismus ab und fordert die Errichtung eines spanischen Föderativstaates, in welchem dann Catalonien ganz besondere Rechte haben soll.

Im übrigen ist die Revolution keineswegs so ruhig verlaufen, wie man es anfangs angenommen. Es haben an verschiedenen Orten blutige Kämpfe stattgefunden. Aller-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

dings hat es sich dabei nicht um Monarchisten und Republikaner gehandelt, sondern um die Aktionen von **kommunistischen** Elementen, die, wie immer, eine Revolution als gute Gelegenheit betrachten, um im Trüben fischen zu können.

Die Haltung einzelner deutscher Zeitungen angesichts der Revolution in Spanien war merkwürdig ungeschickt. Ein neuer Beweis dafür, daß einem großen Teil unseres Volkes noch immer der richtige, außenpolitische Instinkt fehlt. Uns kann es doch ganz gleichgültig sein, welches staatsrechtliche System in Spanien regiert, **wenn dieses System nur einigermaßen Deutschland und seinen Interessen gerecht wird.** Die Monarchie in Spanien hat sich gewiß so verhalten, daß Deutschland ihr nichts nachzutragen hat, ja ihr sogar eher **zum Dank verpflichtet ist.**

Die Beobachtung lehrt, daß gerade die europäischen Staaten mit **monarchischer Verfassung**, nämlich Spanien, Holland und Schweden, Deutschland gegenüber stets eine zum Teil sogar recht wohlwollende Neutralität an den Tag legten, während der Hort des Republikanismus und der Demokratie in Europa, Frankreich, unser schlimmster Feind ist. Mit unseren **eigenen**, innerpolitischen Anschauungen hat das natürlich nichts zu tun. Aber außenpolitisch ist es töricht, sich nur deshalb von Sympathien leiten zu lassen, weil in diesem oder jenem fremden Staat die Verfassung mit der unsrigen übereinstimmt.

Die **Franzosen** sind auch diesmal wieder die klügeren gewesen. Obwohl der ganze Umsturz in Spanien für sie günstig ist, weil er den englischen Einfluß untergräbt, obwohl man sogar Grund zu der Annahme hat, daß hinter der Revolution ganz bestimmte Umtriebe französischer Elemente stecken, hat das **offizielle Paris** die königliche Familie bei ihrer Flucht sehr höflich begrüßt, und ein Teil der Pariser Bevölkerung, der offenbar von den Zusammenhängen nichts ahnt oder sich sehr gut verstellen kann, hat die königliche Familie sogar mit freundlichen Zurufen begrüßt. Das scheint uns viel klüger zu sein, als die Art und Weise, wie man jetzt in einem Teil der deutschen Presse dem König von Spanien moralische Fußtritte versetzt.

Die Gefahr des Kommunismus

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß bei dem Kampf mit dem Nationalsozialismus der **Kommunismus der lachende Dritte** ist. Die kommunistischen Stimmen haben in den letzten Monaten ganz erheblich zugenommen. Und die **kommunistische Propaganda** nimmt in Deutschland immer bedrohlichere Formen an. Allerdings betätigt sie sich mehr hinter den Kulissen, als in vollem Licht der Öffentlichkeit. Neuerdings hat man wieder eine kommunistische **Sprengstoffzentrale** in Berlin entdeckt, und es vergeht kaum eine Woche, in der man nicht Waffen- und Sprengstofflagern kommunistischer Herkunft auf die Spur kommt. Daneben wird eine ruchlose **Werkspionage** im Dienst Sowjetrußlands getrieben. Bestochene Angestellte versuchen Werkgeheimnisse an sich zu bringen, um sie **dann nach Moskau** weiterzugeben.

Vor den Augen der Öffentlichkeit aber betätigt sich keine Organisation **so provozierend** und mit so blutigen Methoden, wie Rotfront oder die hauptsächlich von Kommunisten gebildete **„Antifa“**, die Organisation zur Bekämpfung des Faschismus. Und was sich die kommunistischen **Gottlosenverbände** in Deutschland leisten, ist gleichfalls geeignet, jedem überzeugenden Anhänger des Christentums und der christlichen Staatsmoral schwere Sorgen zu bereiten.

Das Volksbegehren in Preußen

Die Eintragungen zum Volksbegehren in Preußen haben ihren Fortgang genommen. Am Donnerstag wird das Resultat bekanntgegeben werden. Die Mitteilungen über die Eintragungsergebnisse sind im allgemeinen recht spärlich, so daß man sich heute ein zuverlässiges Bild noch nicht machen kann. Inzwischen hat die preußische Regierung alles getan, um die Mißgriffe untergeordneter Behörden möglichst auszuschließen. Es sind neue Richtlinien herausgegeben worden, nach welchen ein polizeiliches Eingreifen nur in ganz schlimm gelagerten Fällen stattfinden soll.

Sehr viel böses Blut hat der Fall **Hansmann** erregt. Herr Hansmann ist Landrat in Schwelm in Westfalen. Er gehört der Sozialdemokratischen Partei an und hat, wie 76 Zuhörer unter ihrem Eid bekräftigen wollen, in einer Rede den Satz gebraucht, die „deutschen Frontsoldaten hätten im Krieg nur dann Heldenmut gezeigt, wenn sie besoffen gewesen wären, wie die Schweine.“ Die Vertreter **aller** nichtsozialistischen Parteien einschließlich des Zentrums haben die Abberufung des Landrats gefordert. Und der preußische Innenminister hat einen hohen Beamten mit besonderen Vollmachten zur Untersuchung der Angelegenheit an Ort und Stelle entsandt.

Für die Iberische Republik

Zusammenschluß Spaniens und Portugals?

CNB. London, 18. April. (Priv.-Tel.) **Die Idee, eine große iberische Republik durch Zusammenschluß von Spanien und Portugal zu schaffen, soll nach den Beobachtungen des nach Spanien entsandten Sonderkorrespondenten des „Daily Herald“ besonders in Barcelona, aber auch in anderen Teilen Spaniens, immer mehr Anhänger finden.**

Zur Lage in Spanien

WTB. **Madrid**, 18. April. (Tel.) Nach Schluß der Kabinettssitzung erklärten die Minister, die **Lage im Lande sei durchaus befriedigend. Die catalanische Frage** solle von der **konstituierenden Nationalversammlung** geregelt werden. In Madrid und in den Provinzen sei alles ruhig, und die Arbeit nehme allenthalben ihren geregelten Verlauf. Die Finanzkreise hätten einen recht guten Eindruck von der politischen Lage und die Valuta habe merklich angezogen.

Nach Meldungen aus Gibraltar haben in **Sevilla Unruhen** stattgefunden, bei denen es zu **Schießereien** kam.

*

WTB. **Madrid**, 18. April. (Tel.) Nach einer Mitteilung aus autorisierter Quelle hat sich General **Berenguer**, der ehemalige Ministerpräsident und Kriegsminister im letzten monarchistischen Kabinett, gestern abend den republikanischen Behörden in Madrid **gestellt**, die seine **Festnahme** angeordnet haben.

Im Herbst elektrisch Ulm-München

Wie der „Schwäbische Volksbote“ hört, soll die Bahnstrecke Ulm—München im Herbst dieses Jahres elektrifiziert sein, und es ist anzunehmen, daß mit der Fertigstellung der Elektrifizierung Ulm—München zugleich der elektrische Bahnbetrieb Ulm—München eingeführt wird. Die Arbeiten haben seit Baubeginn große Fortschritte gemacht. Die schwierigste Strecke ist ab Ulm jene Ulm—Geislingen. Die Elektrifizierung dieser Strecke macht in Ulm verschiedene Änderungen notwendig. Da die Schwierigkeiten der Strecke Augsburg—Ulm jedoch nicht so groß sind wie Ulm—Stuttgart, so ist zu hoffen, daß die Ulmer bereits ab Oktober nach München elektrisch fahren können.

Das Schicksal der Wegener-Expedition

WTB. **Kopenhagen**, 18. April. (Tel.). Über die Absicht, zur Auffindung der **Grönland-Expedition** von Professor **Wegener** eine **Flieger-Expedition** zu entsenden, erklärt in der heutigen Morgennummer der „Politiken“ der bekannte Grönlandforscher **Dr. Lauge-Koch**: Wenn wir innerhalb von drei Wochen nichts von der Expedition hören, dann muß man für das Schicksal der Expeditionsmitglieder **ernsteste Besorgnisse** hegen. Es dürfte außerordentlich schwierig sein, die Expedition durch Flieger oder Hundeschlitten aufzufinden.

Das neue rumänische Kabinett ist unter Titulescu gebildet. Maniu, der vom König empfangen wurde, versprach die Unterstützung der Titulescu-Regierung Die neue Regierung wird mit einem Wirtschaftsprogkamm vor das Parlament treten.

Kleine Chronik

Vor einigen Tagen wurde in **Berlin** in einer **Kaviar-Großhandlung** ein **Einbruch** verübt, bei dem die Täter für etwa 12 000 *RM* Delikatessen, besonders Kaviar, erbeuteten. Vier von den Dieben konnten heute, Samstag, festgenommen werden. Der Anführer ist ein entflohener Zuchthäusler. Die Kaviarbüchsen, die etwa 5 Pfd. faßten, wurden zum Teil bei Gastwirten im Zentrum für 10, 15 und 20 *RM* verkauft.

Großes Aufsehen erregte vor einiger Zeit die Verhaftung des Kunsthändlers Adolf **Bauer in Wien**, der beschuldigt wurde, aus Klöstern und Kirchen Bildnisse entwendet zu haben. U. a. war aus der Kirche St. Magdalena in Weitensfeld in Kärnten eines der **wertvollsten Glasgemälde**, ein Werk aus dem 12. Jahrhundert, plötzlich verschwunden. Der Wert des Gemäldes, das die hl. Magdalena darstellt, wurde von den Kennern auf 33 000 Schilling geschätzt. Der Berliner Polizei ist es jetzt gelungen, das Kunstwerk in einer Antiquitätenhandlung in der Wilhelmstraße zu beschlagnahmen. Das Gemälde wird den österreichischen Behörden zur Verfügung gestellt werden.

Das bekannte **Rembrandt-Gemälde** „Anatomischer Unterricht des Dr. Johann Deyman“, das seinerzeit in **Amsterdam** durch Beilhiebe eines Unzurechnungsfähigen in sinnloser Weise schwer beschädigt worden war, ist jetzt **vollkommen wiederhergestellt** worden und hat seinen früheren Platz im Amsterdamer Reichsmuseum wieder erhalten.

Kurze Nachrichten

14 000 Patenkinder Hindenburgs. Bis zum heutigen Tage ist Reichspräsident v. Hindenburg bereits Pate von mehr als 14 000 Kindern, ein Beweis dafür, wie viele Familien es in Deutschland heute noch auf sieben lebende Kinder bringen. Da das Patengeschenk meistens 20 *RM* beträgt, hat Reichspräsident v. Hindenburg bis heute schon mehr als 280 000 *RM* für derartige Zwecke verausgabt.

Der deutsche Botschafter in London, von Neurath, begibt sich heute auf eine Woche nach Deutschland.

Ein deutsch-polnischer Grenzzwischenfall ist dadurch entstanden, daß am Freitag in der Nähe von Schneidemühl eine deutsche Schutzpolizei-Abteilung bei einer Geländeübung versehentlich die polnische Grenze überschritten hat. Deutschland hat sich entschuldigt und Bestrafung der Schuldigen zugesagt.

In der Frage der Ergänzung der thüringischen Landesregierung ist, wie der Unterhändler, Abg. Dr. **Witzmann** (D. Vp.), mitteilt, eine **Verständigung** soweit herbeigeführt worden, daß der Landtag nun am Mittwoch, 22. April, die notwendigen Ergänzungswahlen vornehmen kann. Auch über die Verabschiedung des Etats ist im allgemeinen eine Verständigung erzielt worden.

Begrüßung des neuen Berliner Magistrates. Der Berliner Stadtverordnetenvorsteher hat zum Montag zu einer außerordentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eingeladen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird der Stadtverordnetenvorsteher die **neugewählten Magistratsmitglieder** begrüßen.

Schlichtungsverfahren in der Rheinschiffahrt. Das Reichsarbeitsministerium hat im Lohnstreit der Rheinschiffahrt für den Gesamtverband (Verkehrsbund, Gemeinde- und Staatsarbeiterverband) ein neues Schlichtungsverfahren eingeleitet und zum Schlichter Regierungsrat Professor Dr. **Brahn** (Dortmund) bestellt.

Klage gegen Landrat Hansmann. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hat gegen Landrat **Hansmann Klageantrag** wegen Beleidigung und übler Nachrede gestellt. Hansmann soll bekanntlich in einer sozialdemokratischen Versammlung erklärt haben, der deutsche Frontsoldat habe dann nur Mut gehabt, wenn „er besoffen wie ein Schwein“ gewesen sei.

Demissionsgesuch im Finanzausschuß für die Rheinregulierung. Dr. Rudolf **Miescher** (Basel) hat seine **Demission** als Mitglied des Finanzausschusses für die Rheinregulierung zwischen Straßburg-Kehl und Istein eingereicht. Der schweizerische Bundesrat hat nun an seiner Stelle Regierungsrat Dr. R. **Niederhauser**, Vorsteher des Finanzdepartements des Kantons Basel-Stadt, zum Mitglied des erwähnten Ausschusses ernannt.

Gemeinderundschau

Die Geschäftsordnung des Bürgerausschusses Mannheim wird geändert. Entsprechend dem Vorgehen von Reichstag und Landtag hat der Stadtrat Mannheim beschlossen, dem Bürgerausschuß eine Änderung seiner Geschäftsordnung vorzuschlagen, dahingehend: **Anträge**, deren Vollzug die Finanzwirtschaft der Stadt durch **erhöhte Ausgaben** oder verminderte Einnahmen belasten würde, werden nur dann beraten, wenn sie mit einem **Ausgleichsantrag** zur Deckung der Mehrbelastung verbunden sind. Hierbei dürfen als Mittel zur Deckung nur solche bezeichnet werden, die im Rahmen der Zuständigkeit der Stadt liegen und gesetzlich zulässig sind. Antrag und Ausgleichsantrag bilden für die Beratung und Abstimmung einen einheitlichen, nicht teilbaren Antrag. Dieser Antrag des Stadtrats ist besonders im Hinblick auf die bevorstehende Etatsberatung im Bürgerausschuß aktuell.

Der Haushaltsplan der Stadt Pforzheim. Der Stadtrat Pforzheim hat am vergangenen Donnerstag den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1931 angenommen. Die Ausgaben schließen mit 28,47 und die Einnahmen mit 26,52 Millionen ab. Der Umlagebedarf von 1,95 Millionen RM. bleibt durch die Gemeindesteuer zu decken. Im Rechnungsjahr 1913 betrug der Umlagebedarf 2,1 Millionen RM. Die durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 angeordnete Senkung der Realsteuern wirkt sich insofern aus, als durch die neuen Steuersätze Pforzheim erheblich unter dem Landesdurchschnitt mit etwa einem Drittel bleibt. — Erfreulicherweise ist es gelungen, durch starke Drosselung des Sachaufwandes den Haushaltsplan für 1931 auszugleichen, ohne daß die Ergänzungssteuern der Notverordnung, die Gebühren oder die Werktarife erhöht werden müssen. — Die Beratungen des Bürgerausschusses über den Voranschlag 1931 werden Mitte Mai stattfinden.

Der Voranschlag des Kreises Karlsruhe. Die Kreisversammlung des Kreises Karlsruhe ist auf Montag, den 27. April, vormittags 8¼ Uhr in den Bürgersaal des Rathauses in Karlsruhe zur Beratung des Kreisvoranschlages 1931/32 einberufen. Dieser sieht vor an Ausgaben 2 326 375 *RM*, denen an Einnahmen 943 520 *RM* gegenüberstehen. Zur Bestreitung des ungedeckten Kreisaufwandes mit 1 382 855 *RM* ist die Erhebung folgender Kreissteuern von je 100 *RM* Steuerwert erforderlich: vom Grundvermögen 8,4 *Rpf*, vom Betriebsvermögen 3,4 *Rpf* und vom Gewerbeertrag 63 *Rpf*; nach den Vorschriften des Realsteuersenkungsgesetzes und der badischen Vollzugsverordnung hierzu ist der Steuersatz vom Gewerbeertrag auf 57 *Rpf* zu senken.

Im Bürgerausschuß Offenburg gab der **Bürgermeister** auf Anfrage des Stadtverordnetenvorstandes Auskunft über die **Unterschlagungen bei der Städtischen Sparkasse.** Danach haben die Sparkassenbeamten **Göhring** als Kassierer und **Glückler** als Kontrolleur seit dem Jahre 1924 **Unterschlagungen** gemeinsam verübt, deren Gesamtbetrag **einstweilen** mit 38 000 *RM* angenommen wird. Es kann sein, daß die noch im Gange befindliche Revision weitere Veruntreuungen ergibt. Der Revisionsbericht stellt fest, daß weder dem **Verwaltungsrat** noch der Kontrolle der Geschäftsleitung ein **Vorwurf** gemacht werden kann. Die beiden Beamten **haben in** raffinierter Weise es verstanden, eine „doppelte“ **Buchführung** anzulegen und haben sich in den Unterschlagungen, **deren** Wert sie offenbar unter sich geteilt haben, gegenseitig **zu decken** gewußt. Sie haben wohl ihren ihnen zustehenden **Urlaub** genommen, aber immer ist einer von ihnen im **Dienst gewesen**, der es dann verstand, dem Ersatzbeamten die **Unterschlagungen** zu verheimlichen. Der Bürgerausschuß **nahm** diese Mitteilungen zur Kenntnis. — Der Bürgerausschuß **stimmte** dann der Aufnahme der elektrischen Beleuchtung in der Hauptstraße und in der Steinstraße zu. Weiter wurden größere Notstandsarbeiten beschlossen. Der Bürgermeister betonte, daß der letzte Streik in frivoler Weise vom Zaune gebrochen worden sei und daß die Leidtragenden die Notstandsarbeiter und das Fürsorgeamt der Stadt, das die Notstandsarbeiten zu unterstützen hatte, waren.

27 Gemeinden des Amtsbezirkes Offenburg erhielten vom Bezirksamt Offenburg die Aufforderung, die Bürger- und Biersteuer einzuführen. Die nötigen Unterlagen sind bis spätestens 25. April zu beschaffen, damit noch rechtzeitig die Staatsgenehmigung eingeholt werden kann, um die beiden Steuern bis spätestens 1. Mai einführen zu können.

Der Haushaltsausschuß in der Sonderausstellung der Majolikamanufaktur

Auf Einladung des Finanzministers Dr. **Schmitt** besuchte der Haushaltsausschuß des Landtages am Freitagvormittag die in den Räumen des Kunstvereins in der Waldstraße untergebrachte Sonderausstellung der staatlichen Majolikamanufaktur Karlsruhe. Angeschlossen hatten sich auch andere in Karlsruhe wohnende Landtagsabgeordnete.

Herr Direktor **Müller von Baczko** erläuterte die Aufgaben der staatlichen Majolikamanufaktur Karlsruhe AG., welche dahin gehen, die Fayence- und Majolikafabrikation technisch und künstlerisch dem Geiste unserer Zeit entsprechend wieder zu beleben, nachdem fast zwei Jahrhunderte hindurch dies edle Material durch die Erfindung des Porzellans in den Hintergrund gedrängt und fast vergessen worden war. So stellen ihre Arbeiten eine innige Verbindung zwischen dem uralten Töpferhandwerk und den auf Grund exakter wissenschaftlicher Versuche gefundenen neuesten Glasurtechniken dar. Es ist absolut unrichtig, anzunehmen, daß die Manufaktur asiatische oder persische Vorbilder kopieren wolle, sondern durch die Wiederbelebung der uralten Arbeitsmethoden müssen die modernen Erzeugnisse zwangsläufig eine Verwandtschaft mit den hochkultivierten Arbeiten der Antike haben. Aber die Manufaktur begnügt sich nicht damit, im Laufe der Jahrhunderte verlorengegangene Techniken wieder zu beleben, sondern sie sieht ihre Aufgabe darin, derartige Arbeiten der modernen Architektur, der Plastik und dem neuzeitlichen Kunstgewerbe dienstbar zu machen.

Ihre weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannten Erzeugnisse beweisen, daß die Manufaktur sich keineswegs an historische Stile anklammert, sondern in der Erfindung moderner gießtechnischer Formen führend auf dem ganzen Markte ist. Die Einstellung der Manufaktur, nicht nur dem begüterten Kunstfreunde etwas geben zu wollen, sondern daß sie sich durch die Wohlfeilheit ihrer kunstgewerblichen Erzeugnisse an alle Schichten der Bevölkerung wendet, hat trotz der Schwere der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage zur Folge, daß ihr jährlicher Umsatz weit über den der Vorkriegsjahre hinausgeht und ihr dadurch auch die finanzielle Möglichkeit gegeben ist, ihre führende Rolle in der europäischen Fayence- und Steingutindustrie weiter zu behalten. Die in der Jubiläumsausstellung gezeigten Fliesen- und Mosaikbilder sollen nicht in sich abgeschlossene Kunstwerke darstellen, sondern Anwendungsbeispiele dieser neuen, erstmalig durch die Manufaktur herausgebrachten Technik sein. Es ist nicht Aufgabe eines Fabrikationsunternehmens, hohe Kunstwerke von einem derartigen Ausmaß zu schaffen, da sie nur einen reinen Museumswert haben würden. Die praktische Anwendung ist Sache der Architekten, die ja großes Interesse für die Arbeiten der Manufaktur sowohl für Kirchenbauten, als auch für Privathäuser, Hotels, Cafés usw. gezeigt haben, indem sie sehr erfreuliche Aufträge erteilten.

Am Schlusse der Besichtigung dankte Abg. **Rückert** als Vorsitzender des Haushaltsausschusses dem Direktor für die orientierende Führung und wünschte dem Unternehmen den besten geschäftlichen und künstlerischen Erfolg.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Der Haushaltsausschuß

der seine ihm zugewiesenen Materien nahezu aufgearbeitet hat, erledigte in seiner Sitzung am Freitagvormittag verschiedene Gesuche von Ortsschulbehörden bezüglich Zuweisung von Lehrern. Der Ausschuß stellte den Antrag, durch die Erklärung der Regierung diese Gesuche als erledigt zu erklären. Diesem Antrag wurde stattgegeben.

Sodann berichtete Abg. Dr. **Föhr** (Zentr.) über die Verordnung des Ministeriums des Kultus und Unterrichts zur **Behebung der Junglehrernot.** Entsprechend den im Landtag geäußerten Wünschen wird den Verheirateten und Schwerkriegsbeschädigten die Dienstalterszulage zur Hälfte bewilligt. An Stelle des Titels Schulvikar tritt der Titel **Schulpraktikant.** Diese Junglehrer sollen für höchstens 24 Wochenstunden verwendet werden, erhalten also dieselbe Vergütung wie die Lehrer in der Eingangsstufe beim gleichen Deputat. Die Verordnung soll nicht, wie bisher bestimmt, am 1. April, sondern **am 1. Mai** in Kraft treten. Von volksparteilicher Seite wurde der Wunsch geäußert, allen Kriegsbeschädigten die halbe Dienstalterszulage zukommen zu lassen. Der Minister erklärte, daß erst Erfahrungen gesammelt werden müßten, über die entstehenden Kosten, daß aber nach Möglichkeit dem Wunsche entsprochen werden soll. Der Verordnung der Regierung wurde einmütig zugestimmt.

Zum Schlusse der Sitzung wurde eine Mitteilung der Regierung über die Durchführung des Rußlandsgeschäfts bekanntgegeben und zur Kenntnis genommen.

Aus dem Bericht des Rheinschiffahrtsverbandes in Konstanz

Der Ausbau der Kraftwerke am Oberrhein

Der Rheinschiffahrtsverband Konstanz, die Vereinigung zur Förderung des Schiffbarmachens des Rheins bis zum Bodensee, gibt soeben den **Geschäftsbericht für das Jahr 1930** heraus.

Einleitend wird hervorgehoben, daß im **Ausbau der Kraftwerke** — der wichtigsten Voraussetzung für die baldige Durchführung der **Großschiffahrtsstraße Basel—Bodensee** sehr erfreuliche Fortschritte gemacht worden sind. Gerade in der augenblicklich wirtschaftlich ungünstigen Zeit muß alles aufgeboten werden, ein Unternehmen zu fördern, das in so hervorragendem Maße geeignet und berufen ist, der Wirtschaft aufzuhelfen und vielen Hunderten Arbeit zu geben.

Die Arbeiten zur **Regulierung des Rheins zwischen Kehl und Iftein** sind im oberen Bauabschnitt Breisach—Neuenburg in der zweiten Hälfte des Jahres 1930 aufgenommen worden. Die Auswirkung der auf 10 Jahre geschätzten Regulierungsarbeiten dürfte sich schon in den Jahren 1933—1934 in der Schiffahrt fühlbar machen.

Der Bericht geht dann im besonderen auf die Strecke **Basel—Bodensee** ein. Es wird betont, daß **sämtliche Kraftwerke** zwischen Basel und Bodensee **sichergestellt** sind und mit einer früher für ganz unmöglich gehaltenen Schnelligkeit ihrer Vollendung entgegengehen. In wenigen Jahren wird sich die Kette der Stauseen am Oberrhein schließen und der Schiffahrt den Weg zum Bodensee vorbereiten.

Das Kraftwerk **Ryburg-Schwörstadt** steht vor seiner Vollendung. Mit einer Jahreserzeugung von über 650 Millionen Kilowatt steht dieses Werk an der Spitze fast sämtlicher Werke Europas. Bei **Albbruck-Dogern** ist die notwendig gewordene Verlegung des Albbettes an der Mündung so gut wie beendet. Mit dem Bau des Stauwehres und des Werkkanals ist begonnen worden. Mit den Bauvorbereitungen bei **Reckingen** ist ebenfalls begonnen worden. Von einer Ausnützung des Rheinfalls (bei **Schaffhausen**) soll vorerst abgesehen werden. Für die Schiffahrt sind dort zwei Schleusen und ein Kanal hinter Schloß Laufen vorgesehen, die das Landschaftsbild nicht stören werden. Die Pläne für das letzte Kraftwerk der Strecke Schaffhausen sind fertiggestellt, die Konzessionsgesuche eingereicht. Auch hier sind die Aussichten für eine baldige Inangriffnahme der Arbeiten sehr günstig.

Die **13 Oberrheinkraftwerke** zwischen Basel und Konstanz werden eine Maximalleistung von 608 000 Kilowatt aufweisen. Davon sind bereits 255 000 Kilowatt in Betrieb, 98 000 Kilowatt im Bau und 250 000 Kilowatt in Vorbereitung.

Sehr zu begrüßen wäre, wenn die Verhandlungen der Bodenseeuferstaaten über das aufgestellte Projekt sowie weiterhin über die Aufbringung der Kosten der **Bodenseeabflußregulierung** bald zum Abschluß gebracht werden könnten und in absehbarer Zeit mit der Arbeit begonnen würde.

Am Schlusse sagt der Bericht, es sei auffällig, daß für den Ausbau des deutschen Kanalnetzes in anderen Gebietsteilen, die eine weit günstigere wirtschaftsgeographische Lage haben und nicht so stark unter den schlechten Verhältnissen leiden, wie unser Grenzland, gewaltige Summen aufgewendet werden, und daß oft für manche sich später als nutzlos zeigende Maßnahmen des Reiches größere Summen geopfert werden, als der gesamte Ausbau des Oberrheins kosten würde.

Das Kohlenvorkommen in Berghaupten

In der Vollversammlung der **Handelskammer für den Kreis Offenburg in Lahr** wurden die **Vereinbarungen zwischen Deutschland und Österreich** zum Abschluß einer Zollunion begrüßt und mit großer Mehrheit der Beschluß gefaßt, der Regierung den Vorschlag zu machen, den auf die Kammer entfallenden **Anteil aus der Reichswesthilfe 1930** im Betrage bis zu 40 000 *RM* zur Erstellung von **weiteren Forschungsanlagen im Gebiete des Kohlenvorkommens Berghaupten-Diersburg** zu verwenden. Es handelt sich dabei um die Wiederaufschließung des Großherzog-Friedrich-Schachtes beim Friedhof Berghaupten, und die Anlage eines weiteren Stollens zur Feststellung darüber, welchen Verlauf das Deckgebirge zeigt und ob sich infolgedessen die Mächtigkeit des Vorkommens nach der Tiefe zu tatsächlich erweitert, wie von Sachverständigen angenommen wird. Erst wenn dieser Versuch ein befriedigendes Ergebnis gebracht hat, kann eine der neuzeitlichen Technik entsprechende Erschließung des Vorkommens als lohnend angesehen und empfohlen werden.

Tagungen

Tagung der Lokomotivführer. In den Tagen vom 23. bis 25. April findet in **Pforzheim** die Bezirkstagung des Bezirks Baden der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer und -anwärter statt. Einer der wichtigsten Beratungsgegenstände dürfte zweifellos die durch die notgedrungene Rationalisierung des Bahnbetriebes sowie durch die allgemeine schlechte Wirtschaftslage hervorgerufene Existenznot der Anwärter bilden.

Der Badische Grundbesitzerverband wird am Mittwoch, den 29. April, vormittags 10 Uhr im Hotel Germania in **Karlsruhe** seine diesjährige ordentliche Hauptversammlung abhalten und damit die Feier des 10jährigen Bestehens des Verbandes verbinden. Auf der Tagesordnung stehen neben den Regularien die Gründung einer **badischen Bauernhochschule** und eine Ansprache des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. **Schiele,** der zur Tagung erwartet wird.

Badens Wirtschaftslage im ersten Vierteljahr

Die im badischen **Industrie- und Handelstag** vereinigten neun **badischen Handelskammern** (Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Lahr, Mannheim, Pforzheim, Schopfheim und Villingen) veröffentlichen den Bericht über die Wirtschaftslage Badens im ersten Vierteljahr 1931.

Danach waren irgendwelche Anzeichen einer **konjunkturgemäß** bedingten Besserung nicht zu erkennen. Lediglich in den Baumwollspinnereien, Zwirnereien und Webereien Oberbadens ist im Zusammenhang mit der Preisstabilisierung auf dem Baumwollmarkt eine leichte Besserung festzustellen. Sehr wesentlich hat das **Geschäft nach dem Ausland** nachgelassen und besonders stark ist von diesem Nachlaß die Pforzheimer Bijouterie betroffen. Überhaupt hat der Handelskammerbezirk Pforzheim Ende März gemessen an der Einwohnerziffer, die meisten Arbeitslosen ganz Badens. Im übrigen haben nur **wenige Spezialindustrien** günstige Beschäftigungsgrade aufzuweisen. Kleinere saisonmäßige Belebungen sind in kleinen und mittleren Betrieben der Eisen- und Metallindustrie festzustellen. Die Großbetriebe, soweit sie auf die Beschäftigung durch die öffentliche Hand angewiesen sind, haben von einer Saisonbelebung wenig erfahren. Die vereinigten Handelskammern stellen fest, daß Betriebe, in denen voll gearbeitet wird, zu den Seltenheiten gehören.

Der **Großhandel** klagt über die Schrumpfung der Produktion, was sich in einem stark verminderten Handelsvolumen ausdrückt. Mit Ausnahme der Einheitspreisbazare, die in zunehmendem Maß an Boden gewinnen, gingen die **Umsätze in den meisten Geschäften** weiter zurück. Die **Hotelindustrie** stellte eine Geschäftsbelebung erst mit den Schneefällen Ende Januar fest, und der Schiffahrtsverkehr zeigt einen erheblichen Rückgang der Ziffern dem Vorjahre gegenüber.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Eine von Nordwesten herangezogene Zyklone liegt heute über Norddeutschland. Sie hat uns bei auffrischenden Winden anhaltenden Regen und im Gebirge bis zu 40 Zentimeter Neuschnee gebracht. Wir befinden uns nunmehr im Bereiche der kühleren Nordströmung, die an der Rückseite der Zyklone vom Nordmeer nach Mitteleuropa vordringt. Das Wetter wird daher unbeständig bleiben. Kurze Aufheiterungen und Regenschauer werden in raschem Wechsel einander folgen. **Voraussage:** Unbeständig, zeitweise Regenschauer und ziemlich kühl bei frischen Nordwestwinden. Im Gebirge winterliches Wetter.

Handel und Wirtschaft

Landesausschuß der Dresdner Bank für Baden und die Pfalz. Nachdem der Aufsichtsrat der Dresdner Bank die Zuwahl des Herrn Dr. von Zuccalmaglio in Mannheim in den Landesausschuß beschlossen hat, wird sich dieser Ausschuß aus folgenden Herren zusammensetzen: Dr. jur. Max Hachenburg, Mannheim, als Vorsitzender, Dr.-Ing. Wilhelm Baumgartner, Emmendingen a. Rh., Kommerzienrat Alfred Bayer, Ludwigshafen a. Rh., Geh. Rat Dr. Friedrich von Engelberg, Baden-Baden, Heinrich Gütermann, Mannheim, Dr.-Ing. h. c. Karl Hübler, Mannheim, Dipl.-Ing. Heinrich Moninger, Karlsruhe i. B., Michael Rothschild, Mannheim, Dr.-Ing. h. c. Karl Schnetzler, Mannheim-Käfertal, Dr. von Zuccalmaglio, Mannheim.

Portland-Cementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart. Nach dem Bericht der Gesellschaft zeigten die ersten Monate des Geschäftsjahres 1930 befriedigenden Absatz, doch ließ die Nachfrage vom April an mehr und mehr zu wünschen übrig und flaute sogar in den späteren Monaten derart ab, daß von der Jahresmitte an die Produktion weiter eingeschränkt und nach und nach die Werke wegen Überfüllung mit Vorräten außer Betrieb gesetzt werden mußten; ab **1. November** lagen mit Ausnahme des Werkes Marienstein **alle Betriebe still.** Der Wettbewerb neuer Fabriken machte sich stärker als im Vorjahr bemerkbar und verursachte weiterhin größere Preisrückgänge. Der Bericht erwähnt weiter den am 28. November 1930 abgeschlossenen Interessengemeinschaftsvertrag mit der Schlesischen Portland-Cement-Industrie A.-G. in Oppeln. In der Erfolgsrechnung werden die Erträgnisse sämtlicher Betriebe und Beteiligungen mit 6 918 815 (9 230 569) *RM* ausgewiesen. Es verbleibt ein **Reingewinn** von 2 071 897 (2 944 989) *RM*. Die Verwaltung schlägt vor, daraus 7 (10) **Prozent Dividende** auf die Stammaktien und 5 (5) Prozent auf die Vorzugsaktien zu verteilen. Im neuen Geschäftsjahr haben die ersten Monate einen nicht unbedeutend geringeren Absatz gebracht als die gleiche Zeit des Vorjahres.

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft. In der Generalversammlung der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, **Berlin,** nahm Direktor Oskar **Wassermann** das Wort zu längeren grundsätzlichen Ausführungen über die Wirtschaftskrise. Als wirklichen Grund der Weltwirtschaftskrisis bezeichnete er den Umstand, daß man in Europa heute den Frieden noch nicht erlangt habe. Auch die starke kurzfristige Verschuldung Deutschlands an das Ausland entspringe dem Mangel an Vertrauen. Der Redner wandte sich gegen den doktrinären Sozialismus, der es verhindere, durch entsprechend verminderten Lohn ein größeres Arbeitsquantum zu schaffen. Die geringe Bildung von Neukapital bezeichnete er als Folge der außergewöhnlichen Steuerhöhe, desgleichen den viel zu hohen Landeszinsfuß. Da die Krise letzten Endes aus dem unbefriedigenden Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland hervorgegangen sei, so würde sie am raschesten behoben werden, wenn eine politische Verständigung mit Frankreich erzielt werden könnte. Der bekannte Jahresabschluß der Dedi-Bank, die eine **Dividendenverteilung von 6 Prozent** vorsieht, wurde mit allen Stimmen gegen 121 Stimmen zweier opponierender Aktionäre genehmigt. Die Aufsichtsratswahlen erfolgten einstimmig und es wurden neu gewählt: Dierig vom Hammerschen Konzern, Selmar Fehr (Berlin) und Kurt von Sydow. Nachdem vier Aufsichtsratsmitglieder ausgeschieden sind, besteht der Aufsichtsrat noch aus 112 Personen. Vertreten war ein Aktienkapitnl von 113 Millionen Reichsmark und außerdem noch die 35 Millionen Reichsmark aufgekaufter eigener Aktien.

Aluminium AG. Neuhausen. In der in Zürich abgehaltenen Generalversammlung wurde ausgeführt, daß das Unternehmen 1930 seinen normalen Anteil am allgemein zurückgegangenen Absatz aufrechterhalten habe. Der Veredelungsverkehr für ausländisches Rohaluminium bleibe bestehen. Die Schweiz habe in dieser Hinsicht den Schutz für die einheimische Produktion weniger weit ausgedehnt als Deutschland und Italien. Im Falle einer internationalen Verständigung über allgemeine Abschaffung der Aluminiumzölle würde die Gesellschaft durchaus mit der Aufhebung des schweizerischen Zolles einverstanden sein. Die Erweiterung des Aluminiumwerks in **Badisch-Rheinfelden** wird Mitte d. J. beendet sein. Die befreundeten italienischen Gesellschaften Cismon und Saba vollenden ihre Bauten in diesem Frühjahr. Am Ausbau der Filiale Lend in Österreich wird weitergearbeitet.

Aus der Landeshauptstadt

Branddirektor Heußer 70 Jahre alt. Der letzte Kommandant der alten Karlsruher Feuerwehr, **Albert Heußer,** der über 40 Jahre im Dienste der Nächstenhilfe steht, konnte am Freitag in seltener Frische seinen 70. Geburtstag begehen. Der Jubilar ist heute noch Bezirksfeuerlöschinspektor und Ehrenvorsitzender des 8. Kreis-Feuerwehrverbandes; auch bekleidet er das Amt als Aufsichtsratsvorsitzender der Blechner- und Installateureinkaufsgenossenschaft. Das Rote Kreuz ernannte den Jubilar unlängst zu seinem Ehrenmitglied.

Badisches Landestheater. Das am Montag, den 20. April, stattfindende **Volkssinfoniekonzert** in der Festhalle verdient nicht allein deshalb, weil es die letzte Veranstaltung dieser Art im ablaufenden Theater ist, gesteigertes Interesse, sondern besonders auch seines Programmes wegen, das als einzige Nummer Haydns Oratorium „Die Jahreszeiten" enthält und vom Landestheaterorchester unter Josef Krips, mit Unterstützung des Bachvereins neben unserm Opern- und Hilfschor, und unter solistischer Mitwirkung von Else Blank, Wilhelm Nentwig und Franz Schuster zur Ausführung kommt. — Die **Opernvorstellungen** der Woche sind am Mittwoch, den 22. April, Mozarts „Zauberflöte" und am Sonntag, den 26. April, nachmittags Wagners „Tannhäuser" und abends Offenbachs Operette „Die schöne Helena". — Das **Schauspiel** bringt am Dienstag, den 21., und Freitag, den 24. April, in den beiden Reihen der Sondermiete des „Zeittheater"-Zyklus, der damit schließt, Leonhard Franks Drama „Die Ursache", das das Sühnemittel der Todesstrafe an einem erschütternden Beispiel in Frage stellt. Die Hauptrolle in dem von Ulrich von der Trenck inszenierten Werk spielt Stefan Dahlen. — „Sturm im Wasserglas" wird am Montag, den 20., und Donnerstag, den 23. April, „Der Hauptmann von Köpenick" am Samstag, den 25. April, und — im Konzerthaus — das Lustspiel „Sylvia kauft sich einen Mann" am Sonntag, den 26. April, wiederholt. — Als nächste Klassiker-Neueinstudierung ist Shakespeares Tragödie „Julius Cäsar" in Vorbereitung.

Colosseumtheater. Das Gastspiel **Kaßner** im Rahmen eines erstklassigen Varieté-Programms hat tatsächlich eingeschlagen und bildet das Tagesgespräch von Karlsruhe und Umgebung. Kaßner muß unbedingt jedes gesehen haben. Gleichzeitig macht die Direktion darauf aufmerksam, daß jeden Mittwoch, Samstag und Sonntag nachmittags 4 Uhr Familienvorstellungen stattfinden. Hierzu werden die Eltern mit ihren Kindern besonders eingeladen. Die Preise sind bei den Nachmittagsvorstellungen dermaßen nieder gehalten, daß es jedermann möglich ist, seinen kleinen Lieblingen eine Freude zu bereiten. Außerdem erhält jedes Kind noch ein Geschenk. Wochentags und Sonntags, abends 8 Uhr, finden die üblichen Abendvorstellungen statt. Da die Nachfrage nach Eintrittskarten außerordentlich groß ist, empfiehlt es sich, den Vorverkauf im Zigarrenhaus Meyle, Ecke Waldstraße und Passage, zu benutzen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Neuschnee im Schwarzwald

bld. **Aus dem Schwarzwald,** 18. April. **Der Rückfall in winterliches Wettergepräge,** der sich am Dienstag im Gebirge bemerkbar machte, hat sich fortgesetzt. Die Niederschläge haben sich weiter ausgebreitet. Die Temperaturen erreichten bei etwa 1000 Meter den Nullpunkt und gehen im Hochschwarzwald bis auf **4 Grad unter Null.** Im Zusammenhang damit sind dort die Niederschläge in Form von **Neuschnee** aufgetreten, der sich zeitweise auch noch bis in Höhenlagen von 800 Meter zeigte. Im Feldberggebiet sind am Dienstag, wo die Kälte bis auf 7 Grad nachts gesunken war, die Tageshöchstwerte eben auf den Nullpunkt gestiegen. Im Hochschwarzschwald hat die Schneeschmelze wieder aufgehört, die in den letzten Tagen unter starker Einstrahlung durch Verdunstung etwas schneller in Gang gekommen war.

DS. **Mannheim,** 18. April. Gestern nachmittag gegen 2 Uhr versammelten sich die **Notstandsarbeiter** auf dem Meßplatz, um durch einen Umzug ihren Protest gegen die Herabsetzung ihres Lohnes auf 92 *Rpf* zu demonstrieren. Gleichzeitig traten sie in den Streik.

Staatsanzeiger

Verordnung
des Präsidenten des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland über Personenkreis und Dauer der Krisenfürsorge.
Vom 17. April 1931.

Auf Grund des Erlasses des Herrn Reichsarbeitsministers über Personenkreis und Dauer der Krisenfürsorge vom 11. Oktober 1930 (Reichsgesetzblatt I S. 463) bestimme ich folgendes:

In Abschn. I „Personenkreis" meiner Verordnung über Personenkreis und Dauer der Krisenfürsorge vom 13. November 1930 (Württembergischer Staatsanzeiger Nr. 267, Badischer Staatsanzeiger Nr. 266) in der Fassung meiner Verordnung vom 6. März 1931 (Württembergischer Staatsanzeiger Nr. 55, Badischer Staatsanzeiger Nr. 56) sind unter Ziffer 4 die Worte: „11. April 1931" zu ersetzen durch: „31. Mai 1931".

Stuttgart, den 17. April 1931.

Kälin.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Der außerordentliche Professor Dr. med. Karl **Beck** zum ordentlichen Professor der Ohrenheilkunde und Direktor der Klinik für Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkranke an der Universität Heidelberg.

Justizministerium

Ernannt:

Justizpraktikant Alfred **Wältner** beim Amtsgericht Mannheim zum Justizobersekretär.

Planmäßig angestellt:

Gerichtsvollzieher Hermann **Moosbrugger** beim Amtsgericht Durlach.

Übertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes:

Justizoberinspektor Josef **Bürckel** beim Amtsgericht Mannheim auf 1. Juni 1931.

Zur Ruhe gesetzt:

Justizobersekretär Josef **Rostock** beim Amtsgericht Achern bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Entlassen auf Antrag:

Kanzleiassistent Fritz **Sillmann,** zuletzt beim Amtsgericht Kenzingen.

Gestorben:

Oberjustizrat Dr. Georg **Pfreundschuh** in Heidelberg und Handelsrichter Fabrikant Gustav **Heppe** in Herbolzheim bei der Kammer für Handelssachen des Landgerichts Freiburg.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Eine Probe Lebensdeutung frei für Leser dieses Blattes.

Der wohlbekannte Astrologe Prof. Roxroy hat sich wieder entschlossen, für die Bewohner dieses Landes ganz kostenfreie Probe-Horoskope ihres Lebens auszuarbeiten.

Professor Roxroys Ruhm ist so weit verbreitet, daß er wohl kaum mehr einer Einführung durch uns bedarf. Seine Fähigkeit, das Leben anderer zu deuten, einerlei, wie weit entfernt sie auch von ihm wohnen mögen, soll an das Wunderbare grenzen.

Selbst Astrologen von verschiedenen Nationalitäten und Ansehen in der ganzen Welt sehen in ihm ihren Meister und folgen in seinen Fußtapfen. Er zählt Ihre Fähigkeiten auf, sagt Ihnen, wie und wo sie Erfolge haben können, und erwähnt die günstigen und ungünstigen Epochen Ihres Lebens.

Seine Beschreibung vergangener, gegenwärtiger und zukünftiger Ereignisse wird Sie in Staunen versetzen und Ihnen helfen.

Herr Paul Stahmann, ein erfahrener Astrologe, Ober-Niewiadom, sagt:

„Die Horoskope, die Herr Prof. Roxroy für mich aufgestellt hat, sind ganz der Wahrheit entsprechend. Sie sind ein sehr gründliches, wohlgelungenes Stück Arbeit. **Da ich selbst Astrologe bin, habe ich seine planetarischen Berechnungen genau untersucht** und gefunden, daß seine Arbeit in allen Einzelheiten perfekt, er selbst in dieser Wissenschaft durchaus bewandert ist."

Wenn Sie von dieser Sonderofferte Gebrauch machen und eine Leseprobe erhalten wollen, senden Sie einfach Ihren vollen Namen und genaue Adresse ein, nebst Tag, Monat, Jahr und Ort Ihrer Geburt (alles deutlich und eigenhändig geschrieben) sowie Angabe, ob Herr, Frau oder Fräulein, und nennen Sie den Namen dieser Zeitung. Geld ist nicht notwendig. Sie können aber, wenn Sie wollen, 50 Pf. in Briefmarken Ihres Landes (keine Geldmünzen einschließen) mitsenden zur Bestreitung des Portos und der Schreibgebühren. Adressieren Sie Ihren Brief an Prof. ROXROY, Dept. 8183 D, Emmastraat 42, Den Haag Holland). Briefporto 25 Pf. L.131

Zinslose **Bauspar-Kasse** sucht tatkräftigen, seriösen **Vertreter**, möglichst a. d. Bauspar- oder Versich.-Fach. f. d. Bezirk Karlsruhe und Umgebung. Off. u. A. K. 5265 an **„Obanex", A.-G., Freiburg i. Br.** 130

Gärtner L.133 (geprüfter Gartenmeister), 33 Jahre alt, sucht Dauerstellung in Staats-, Gemeinde-, Anstalts- oder Industriebetrieb. Derselbe ist an ein selbständiges Arbeiten gewöhnt und in allen Zweigen des Gartenbaues bewandert. Angebote sind zu richten unter J. F. postlagernd **Wolfach** (Baden).

A.636. **Karlsruhe.** Ueber das Vermögen der Firma **L. und A. Schwarzenberger** in Karlsruhe, Schützenstr. 73, wurde heute nachmittag 5 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde Rechtsanwalt Dr. Rudolf Knauß in Karlsruhe, Kaiserstr. 114 bestellt. Dem Schuldner wurde allgemein verboten, über Vermögensstücke ohne Zustimmung der Vertrauensperson zu verfügen. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag ist bestimmt auf: **Freitag, den 8. Mai 1931, vormittags 11 Uhr,** vor das Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 1. Stock, Zimmer Nr. 43. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens und seine Anlagen sind auf der Geschäftsstelle, Zimmer 45, zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Karlsruhe, den 15. April 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 7.

Badisches Landestheater

Sonntag, 19. April 1931
*G 21
Der Ring des Nibelungen
Dritter Tag:
Götterdämmerung
Von Wagner
Dirigent: Krips
Regie: Dr. Waag
Mitwirkende:
Blank, Fanz, Haberkorn, Reich-Dörich, Winter, Seiberlich, J. Grötzinger, Hospach, Kalnbach, Kiefer, Löser, Oerner, Schoepflin, Strack
Anfang 17 Ende 22
Preise D (1—8 RM)

Montag, 20. April 1931
*C 21
Sturm im Wasserglas
Komödie von Frank
Regie: Baumbach
Mitwirkende:
Bertram, Nyhoff, Rademacher, Seiling, Graf, Herz, Höcker, Hospach, H. Kienscherf, Kloeble, Mehner, Müller, Prüter, Schulze, v. d. Trenck
Anfang 20 Ende 22¼
Preise A (0,70—5 RM)

Die. 21. 4. Sondermiete „Zeittheater" (5. Vorstellung der Abteilung I, weiße Karten) Zum ersten Mal: Die Ursache. Mi. 22. 4. Die Zauberflöte. Do. 23. 4. Sturm im Wasserglas. Fr. 24. 4. Sondermiete „Zeittheater" (5. Vorstellung der Abteilung II, rote Karten) Die Ursache. Sa. 25. 4. Der Hauptmann von Köpenick. So. 26. 4. Nachmittags: Tannhäuser. Abends: Die schöne Helena. Im Konzerthaus: Sylvia kauft sich einen Mann.

Im Städt. Konzerthaus

Sonntag, den 19. April 1931
Meine Frau, das Fräulein
Operetten-Schwank von Zerlett
Musik von Beutten
Dirigent: Keilberth
Regie: Herz
Mitwirkende:
Jank, Nyhoff, Rademacher, Brand, Höcker, Just, Kloeble, Mehner, Müller, Prüter
Anfang 19½ Ende 22
I. Parkett 3,50 RM

In der Städt. Festhalle

Montag, 20. April 1931
3. volkstümliches Konzert
Leitung: Josef Krips
Solisten:
Else Blank, Wilhelm Rentwig, Franz Schuster.
Haydn: **Die Jahreszeiten.**
Chöre: Bachverein, Sing- und Hilfschor des Badischen Landestheaters
Anfang 20 Ende 22
Saal I. Abteilung 2 RM.

COLOSSEUM · Karlsruhe

KASSNER
Der erste Zauberer, der einen lebenden
ELEFANTEN
verschwinden läßt, und **Varieté.**

Der Elefant ist täglich ab 5 Uhr im Colosseum-Garten frei zu sehen und kann gefüttert werden. Brot, Zucker, Obst, Rüben. L.135

Jeden Sonntag 4 Uhr große Familien-Vorstellung. Kl. Preise 40 Rpf. bis 1,50 RM. Jeden Mittwoch und Samstag 30 Rpf. bis 1,50 RM. Volles Programm. Jedes Kind erhält ein Geschenk. Karten 7 Tage im voraus im Zigarrenhaus Meyle, Ecke Kaiser- und Waldstraße.

Großer Frühjahrszuchtviehmarkt 134

(Zuchttierschau) in Messkirch, Oberbaden am
Mittwoch, den 6., und Donnerstag, den 7. Mai 1931
Marktbeginn 6. V. vorm. 11 Uhr; Marktschluß 7. V. mittags 12 Uhr

Städtische Sparkasse Heidelberg

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM
Kassenbestand	160 622,73
Guthaben b. Banken, Girozentralen u. Postscheckamt	2 845 986,67
Wertpapiere	2 778 303,—
Wechsel	162 811,54
Darlehen auf Hypotheken	9 182 390,63
Darlehen in lfd. Rechnung an Private	3 039 122,25
Sonstige Darlehen	165 000,—
Darlehen an Gemeinden	3 744 936,14
Darlehen an andere Körperschaften des öffentl. Rechts	895 828,71
Aufwertungsforderungen	4 610 630,03
Einnahmerückstände	210 025,58
Grundstücke und Gebäude	369 303,—
Gerätschaften	1,—
Aval und Bürgschaftsdebitoren	253 904,85
	28 418 866,13

Verbindlichkeiten	RM
Spareinlagen	19 601 617,55
Aufwertungsspareinlagen	4 981 470,83
Giro- und Kontokorrteinlagen	1 798 392,78
Anlehens- und andere Schulden	365 200,—
Ausgaberückstände	13 860,46
Aval und Bürgschaftsverpflichtungen	253 904,85
Rücklagen:	
a) gesetzl. Res.-Fonds	939 097,85
b) Sonderrücklagen	130 000,—
Reingewinn v. Jahre 1930	335 321,81
	28 418 866,13

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
10% aus 21 400 010,33 RM Einlagen . . = 2 140 001,03 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 . = 1 204 419,66 RM
Somit weniger . . . 935 581,37 RM

Heidelberg, den 10. April 1931. R.397

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Fr. Wielandt, I. Bürgermeister.
Der Geschäftsleiter: Berger, Direktor.

Bezirks-Sparkasse Durlach

Oeffentliche Verbandssparkasse

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Aktiva	RM
1. Kassenvorrat	120 961,17
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postscheckamt	39 576,07
3. Wechsel	179 877,14
4. Darlehen auf Hypotheken	7 161 724,77
5. Darlehen in laufender Rechnung an Private	3 751 392,77
6. Schuldscheindarlehen	1 046 877,94
7. Baudarlehen	1 986 004,—
8. Sonstige Darlehen	645 105,50
9. Aufwertungsforderungen	3 879 417,81
10. Einnahmerückstände	104 761,66
11. Grundstücke	224 000,—
12. Gerätschaften	105 000,—
13. Wertpapiere	334 682,50
14. Grundstückskaufgelder	188 841,89
15. Lombarddarlehen	8 408,64
16. Stückzinsen	212 994,46
	19 989 626,32

Passiva	RM
1. Spareinlagen	14 040 290,84
2. Aufgewertete Spareinlagen	3 108 962,74
3. Giroeinlagen	977 049,75
4. Aufwertungsfonds	819 501,33
5. Anlehenskapitalien	205 904,27
6. Ausgaberückstände	4 327,25
7. Rücklagen — Reservefonds —	757 170,62
8. Sonderrücklagen	18 000,—
9. Verfügbarer Überschuß	56 732,36
10. Zum Voraus erhobene Zinsen	1 687,16
	19 989 626,32

Gewinn- und Verlustrechnung auf 31. Dezember 1930

Soll	RM
Auf ertragbare Grundstücke	8 368,59
Zinsen für die Einlagen	873 399,36
Zinsen für sonst. Schulden	26 201,29
Auf das Verwaltungsgebäude	2 918,57
Für die Beamten und Angestellten	149 584,52
Sonstiger Verwaltungsaufwand	84 553,15
Sonstige Ausgaben	24 933,45
Grundstücke	5 898,14
Abgang an Grundstücken	17 000,—
Reingewinn	217 028,87
welcher wie folgt verwendet wurde:	
Zuweisung an die Sicherheitsrücklage (RM 91 799,86)	
Sonderrücklage 18 000,—	
Abschreibungen: an Grundstücken 35 000,—	
an Inventar 15 496,65	
Verfügbarer Überschuß an die Verbandsgemeinden 56 732,36	
	1 409 885,94

Haben	RM
Von Grundstücken	6 597,90
Zinsen von Aktivkapitalien	1 303 761,46
Gebühren und sonstige Einnahmen	15 201,22
Erlös von Grundstücken	22 000,—
Stückzinsen — Zunahme —	5 861,97
Zum Voraus erhobene Zinsen — Abnahme —	1 128,14
Kursdifferenz — Abnahme —	19 838,60
Inventar	35 496,65
	1 409 885,94

Berechnung des Reservefonds

Der gesetzliche Reservefonds hat zu betragen:
5% aus 15 017 340,59 RM Einlagen . . . . . = 750 867,02 RM
10% des weiteren Überschusses aus 63 035,96 RM = 6 303,60 RM
757 170,62 RM
Er beträgt auf Schluß des Jahres 1930 . . . . 813 902,98 RM
Somit verfügbarer Überschuß . . . . . 56 732,36 RM
welcher gemäß § 20 der Satzung den Verbandsgemeinden zu gemeinnützigen Ausgaben zur Verfügung gestellt wurde.

Durlach, den 25. Februar 1931. R 402

Bezirks-Sparkasse Durlach — Oeffentliche Verbandssparkasse —
Die Geschäftsleitung:
Klein. Dürr.

Oeffentliche Sparkasse Villingen

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM
1. Kassenbestand	23 323,01
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen, Postscheckamt	633 628,54
3. Wertpapiere	319 121,08
4. Wechsel	192 496,22
5. Darlehen a. Hypotheken	5 259 110,48
6. Darlehen in lfd. Rechnung an Private	447 497,—
7. Darlehen a. Schuldschein	85 410,45
8. Grundstückskaufgelder u. a.	5 724,79
9. Darlehen an Gemeinden	282 423,66
10. Lombarddarlehen	9 905,07
11. Darlehen aus Sonderkreditmitteln	42 517,83
12. Aufwertungsforderung	1 698 554,95
13. Aufwertungsabrechnungskonto	246 356,75
14. Grundstücke	18 874,73
15. Gerätschaften	1,—
16. Einnahmerückstände	137 234,—
	9 402 179,56

Verbindlichkeiten	RM
1. Spareinlagen	5 141 553,09
2. Aufwertungsspareinlagen	3 179 981,38
3. Giro- und Kontokorrteinlagen	561 294,65
4. Laufende Rechnungen bei Banken usw.	30 851,46
5. Sonderkreditmittel	42 517,83
6. Abrechnungskonto für Kursdifferenzen bei Wertpapieren	23 631,08
7. Ausgaberückstände	17 510,68
8. Rücklagen — gesetzlicher Reservefonds	342 461,42
9. Reingewinn vom Jahre 1930	62 377,97
	9 402 179,56

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 5 702 847,74 RM . . . . . 456 227,82 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 . . 404 839,39 RM
Fehlender Betrag zur Rücklage . . . 51 388,43 RM

Villingen, den 15. April 1931. R.403

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Gremmelspacher, Bürgermeister.
Der Geschäftsleiter: Weber.

Druck G. Braun, Karlsruhe.